



Pressemitteilung

Luxemburg, den 8. Dezember 2020

EU-Prüfer untersuchen 5G-Sicherheit in Europa

Der Europäische Rechnungshof hat eine Prüfung eingeleitet, um zu bewerten, ob die EU und ihre Mitgliedstaaten zeitnah und in konzertierter Weise sichere 5G-Netze einrichten. Die Prüfung knüpft an die kürzlich vom Hof durchgeführte Analyse der Reaktion der EU auf Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie an, in der die 5G-Sicherheit als Problempunkt hervorgehoben wurde. Die Prüfer werden die Ausgestaltung der 5G-Netze in der EU, die Unterstützung der Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission, den Ausbau der nationalen 5G-Netze sowie die Berücksichtigung von Sicherheitsbedenken untersuchen. Dabei werden sie den Schwerpunkt auf die Netzsicherheit, einschließlich Cybersicherheit und Hardware, legen.

"Die Art und Weise, in der der 5G-Ausbau in der EU erfolgt, wird sich durch Entwicklungen wie elektronische Gesundheitsdienste, intelligente Fahrzeuge und intelligente Stromnetze auf viele Aspekte des Lebens der Bürgerinnen und Bürger auswirken. 5G wird außerdem Auswirkungen auf die europäischen Bemühungen im Bereich der Digitalisierung und – aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters des Mobilfunkstandards – auf die Funktionsweise des Binnenmarkts haben", so Annemie Turtelboom, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Einführung dieser neuen Schlüsseltechnologie schnell und sicher und im Rahmen eines konzertierten Vorgehens erfolgt."

Die fünfte Generation mobiler und drahtloser Telekommunikationssysteme ("5G") bietet ultraschnelle Verbindungen, die nicht nur einzelne Nutzer, sondern auch eine große Zahl vernetzter Geräte – das sogenannte "Internet der Dinge" – unterstützen. Dadurch stellt sie gegenüber den bisherigen 3G- und 4G-Standards einen revolutionären Fortschritt dar. Eine Studie der Europäischen Kommission kommt zu der Einschätzung, dass die Einführung von 5G-Kapazitäten in vier strategischen Schlüsselindustrien – Automobilindustrie, Gesundheit, Verkehr und Energie – jährlich einen Nutzen von 113 Milliarden Euro bringen wird. Außerdem wird in der Studie darauf hingewiesen, dass 5G-Investitionen voraussichtlich zur Schaffung von 2,3 Millionen Arbeitsplätzen in den Mitgliedstaaten führen werden.

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen der Prüfungsvorschau des Europäischen Rechnungshofs. Prüfungsvorschau im Volltext unter eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Ein weiterer Grund, warum 5G ein EU-weit konzertiertes Vorgehen erfordert, ist der grenzüberschreitende Charakter der Infrastruktur und der potenziell damit verbundenen Sicherheitsbedrohungen. Alle erheblichen Schwachstellen und Cybersicherheitsvorfälle, die die Netze in einem Mitgliedstaat betreffen, würden sich auf die Union als Ganzes auswirken. In den letzten Jahren hat die EU für 5G-Projekte in den Mitgliedstaaten beträchtliche Mittel bereitgestellt, darunter Darlehen der Europäischen Investitionsbank. Der EU-Aktionsplan sah den Start von 5G-Diensten in allen Mitgliedstaaten bis Ende 2020 vor; bis Oktober dieses Jahres wurde 5G in 17 EU-Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich eingeführt. Verzögerungen bei der Realisierung einer angemessenen 5G-Abdeckung sowie Sicherheitsprobleme können enorme Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Unabhängigkeit der EU haben.

Hintergrundinformationen

Die Aufteilung von Zuständigkeiten im Zusammenhang mit den 5G-Netzen und ihrer Sicherheit ist komplex. Die Kommission unterstützt und koordiniert die Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Bezug auf technische und sicherheitsrelevante Aspekte; die nationalen Behörden sind für die Ausarbeitung und Umsetzung ihrer 5G-Pläne sowie für die Gewährleistung der Sicherheit zuständig. Die Telekommunikationsbetreiber sind für den Ausbau sicherer 5G-Netze unter Verwendung von Ausrüstung der Anbieter verantwortlich. Eine aktuelle Studie zeigt, dass mehrere Anbieter Patente in der 5G-Branche angemeldet haben: Die wichtigsten sind Huawei (16 %) und ZTE (10 %) aus China, Samsung (14 %) und LG (12 %) aus Südkorea sowie Nokia (11 %) und Ericsson (7 %) aus Europa.

Die Prüfer werden sich mit den seit 2016 ergriffenen Maßnahmen befassen und Daten untersuchen, die im Rahmen einer Stichprobe von vier Mitgliedstaaten (Deutschland, Finnland, Polen und Spanien) erhoben wurden. Der Abschlussbericht soll in einem Jahr veröffentlicht werden. Die potenziellen Auswirkungen von 5G auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder auf die Umwelt werden darin nicht behandelt werden. Weitere Einzelheiten sind der vollständigen Prüfungsvorschau "Implementing secure 5G networks in the EU and its Member States" (Einrichtung sicherer 5G-Netze in der EU und ihren Mitgliedstaaten) zu entnehmen, die in englischer Sprache unter eca.europa.eu abgerufen werden kann. Prüfungsvorschauen stützen sich auf vorbereitende Arbeiten im Vorfeld einer Prüfung und sollten nicht als Prüfungsbemerkungen, Prüfungsschlussfolgerungen oder Prüfungsempfehlungen betrachtet werden.

Im September veröffentlichte der Hof eine [Analyse](#), in der das Fehlen eines konzertierten Vorgehens der Mitgliedstaaten im Bereich der 5G-Sicherheit und die Verwendung chinesischer 5G-Ausrüstung in kritischen EU-Infrastrukturen als Problempunkte hervorgehoben wurden. Am 7. Januar 2021 werden die Prüfer das Webinar "Towards 5G: Securing Europe's Digital Future?" veranstalten.

Pressekontakt für diese Prüfungsvorschau

Damijan Fišer – E: damijan.fiser@eca.europa.eu T: (+352) 4398 45510 / M: (+352) 621 552 224